

Arbeitszeit und Betriebszeit im verarbeitenden Gewerbe: Trends, Probleme und Strategien	679
Italiens wirtschaftliche Renaissance in den 80er Jahren — Entwicklung, Probleme, Perspektiven .	685

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 51-52/88

Berlin

22. Dezember 1988

55. Jahrgang

Arbeitszeit und Betriebszeit im verarbeitenden Gewerbe: Trends, Probleme und Strategien

Seit Anfang der achtziger Jahre gerät bei Tarifverhandlungen das Verhältnis von Arbeits- und Betriebszeit immer mehr in den Vordergrund der Diskussion — auch im Zusammenhang mit der Reduzierung der Wochenarbeitszeit. Von jeher spielt die Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeit eine große Rolle: aus technischen Gründen vor allem im Bergbau und in der Produktion von Grundstoffen, aus gesellschaftlichen Gründen im Dienstleistungsbereich. Wird im ersten Fall auf die technischen Schwierigkeiten und damit die Kosten hingewiesen, die eine Unterbrechung der Produktion verursachen, so wird im zweiten Fall auch die Notwendigkeit einer Versorgung der Bevölkerung zu untypischen „Arbeitszeiten“ anerkannt (technische und soziale Infrastruktur wie Krankenhäuser, Polizei, Kultur, Gaststätten, Medien, Energieversorgung, Verkehr). Gegenwärtig konzentriert sich die Diskussion auf warenproduzierende Bereiche — besonders in zentralen Branchen der Investitionsgüter, aber auch in der Textil-, Holz- und Druckindustrie. Hierbei wird vor allem auf die wettbewerblichen Aspekte und die Rentabilitätseffekte einer besseren Ausnutzung der betrieblichen Kapazitäten hingewiesen. Auf der Grundlage einer breiteren Untersuchung der Zusammenhänge von Betriebs- und Arbeitszeit werden hier einige Resultate für das verarbeitende Gewerbe vorgestellt¹.

Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeit

Im Extremfall können Anlagen — die physischen Arbeitsplätze — im vollkontinuierlichen Schichtbetrieb, d.h. mit der maximal möglichen Anzahl von 168 Stunden pro Woche, genutzt werden. Da dies von einer Arbeitskraft nicht zu leisten ist, müssen die Arbeitsplätze mehrfach besetzt werden.

Die Betriebszeit bezeichnet damit im wesentlichen die Zeitspanne, in der ein Betrieb genutzt wird. Betriebszeiten beziehen sich also auf die Nutzungszeit der betrieblichen Anlagen, Arbeitszeiten auf die der Arbeitskraft. Die Konsequenz einer Entkoppelung ist, daß sich für Arbeitnehmer zwar nicht unbedingt in der Dauer, aber auf jeden Fall in der Lage der Arbeitszeit Abweichungen von der Normalarbeitszeit ergeben.

Diese „Normalarbeitszeit“ — darunter wird immer noch verstanden: etwa 40 Stunden, montags bis freitags, zu leisten etwa zwischen 7 und 18 Uhr, und dies in allen Wochen des Jahres, unterbrochen von den Urlaubszeiten — mag zur Orientierung hilfreich sein, sie ist aber heute schon nicht mehr der Regelfall. Die meisten Arbeitnehmer in der Bundesrepublik haben mittlerweile eine in Dauer oder Lage davon abweichende Arbeitszeit². Die

¹ Vgl. Investitionen, Beschäftigung und Produktivität. Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Gutachten des DIW im Rahmen der Strukturberichterstattung 1987. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 108, Berlin, 1988.

² Vgl. z.B. H. Groß, U. Pekruhl, C. Thoben, Arbeitsstrukturen im Wandel. Ergebnisse einer aktuellen Repräsentativumfrage zu den Arbeitszeitstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW: Arbeitszeit '87, Düsseldorf, Dezember 1987, S. 6 ff.

„Auflösung“ der Normalarbeitszeit vollzieht sich durch Verkürzung der Vollarbeitszeiten, durch Zunahme der Teilzeitarbeit und durch zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Flexibilisierung der Arbeitszeit

Flexible Arbeitszeiten weichen in ihrer Lage und/oder Dauer von der Normalarbeitszeit ab³. Statt von flexiblen wird auch von variablen, d.h. im Zeitverlauf ungleichmäßigen, Arbeitszeiten gesprochen⁴.

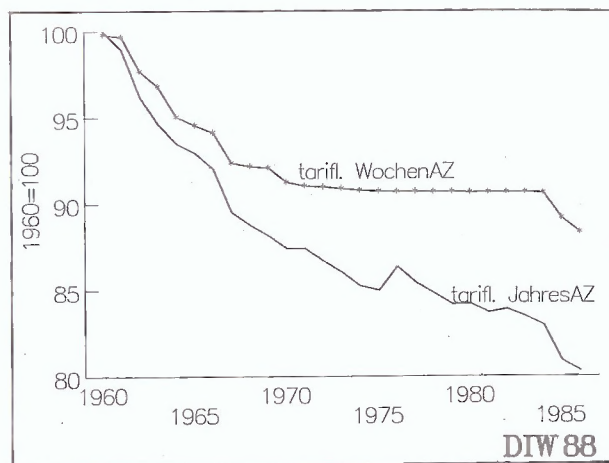
Beispiele flexibler oder variabler Arbeitszeiten sind traditionell auch im Falle von gleichmäßiger Arbeitszeit in Form von Überstunden, Sonderschichten, Kurzarbeit, Freizeitausgleich für Überstunden u.a. anzutreffen. Davon zu unterscheiden sind die Fälle von variablen Regelarbeitszeiten. Dazu gehören Gleitzeitarbeitsysteme und Jahresarbeitsverträge, in denen zwar eine in einem Jahr insgesamt zu leistende Arbeitszeit festgelegt wird, deren Lage aber an den im Jahresverlauf schwankenden betrieblichen Arbeitsanfall angepaßt ist. Hinzugekommen sind neuerdings variable Schwankungs- und Bandbreitenmodelle, vor allem auch nach den Tarifabschlüssen in der Metallindustrie 1984 und 1987.

Flexibilisierung der Arbeitszeit hat für Unternehmensstrategien eine Doppelfunktion. Einmal zielt sie auf eine im Zeitverlauf bessere Angleichung an schwankende Nachfrageverläufe. Mit diesem Ziel, das auch durch das Vordringen flexibler Produktionstechnologien an Bedeutung gewonnen hat, sind vielfältige Teilzeitmodelle entstanden. Durch eine saisonalen, zyklischen oder unvorhergesehenen Schwankungen anzupassende Arbeitszeit werden häufig Kosteneinsparungen erzielt. Zum anderen hat die Flexibilisierung der Arbeitszeit auch die Funktion, Spielräume für eine Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeit zu schaffen.

Diese beiden Funktionen lassen sich in einer Jahresbetrachtung kaum voneinander unterscheiden: Brückentage zwischen Feiertagen am Donnerstag und dem Wochenende können beispielsweise als „Betriebsferientage“ zur betrieblichen Umsetzung einer Arbeitszeitverkürzung genutzt werden. Denkbar ist aber auch, daß der Freizeitausgleich für den einzelnen Arbeitnehmer nicht zu einer gleichzeitigen Verringerung der Betriebszeiten führt; die individuellen Feierschichten sind in diesem Fall keine kollektiven Feierschichten.

Anlaß für eine Abkoppelung der Betriebszeit von der Wochenarbeitszeit ist sicherlich auch die Arbeitszeitverkürzung gewesen. Sie hat zugleich den Spielraum für die Ausdehnung der Betriebszeit in die Randzonen des Tages eröffnet. Im Unterschied zu traditionellen Schichtsystemen ist das zumeist nicht mit Nacharbeit verbunden, die unter arbeitsphysiologischen und sozialen Gesichtspunkten als besonders nachteilig anzusehen ist. Aber auch so können zusätzliche Belastungen für die Arbeitnehmer entstehen.

Schaubild 1
Tarifliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer
Verarbeitendes Gewerbe



Trends der Arbeits- und Betriebszeit

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung faßt seit Jahren die vorliegenden Informationen über die Arbeitszeit zusammen⁵. Die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit der Erwerbstätigen bzw. Arbeitnehmer wird von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst, die in einer sog. Komponentenrechnung detailliert berücksichtigt werden. Wichtig sind hier Überstunden und Teilzeitarbeit.

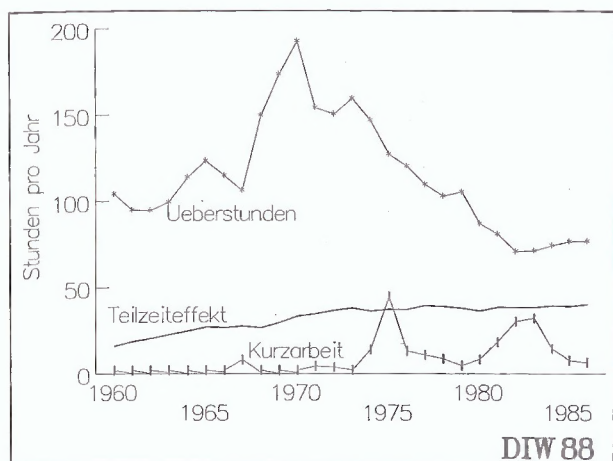
Der Trend der Arbeitszeit wird im wesentlichen durch tarifliche Vereinbarungen — vor allem über Wochenarbeitszeit und Urlaub — geprägt. 1986 betrug im verarbeitenden Gewerbe die tarifliche jährliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer 1 700 Stunden, gegenüber 2 117 Stunden im Jahre 1960 und 1821 Stunden im Jahre 1973. In der Vollbeschäftigungsperiode bis 1973 ist die tarifliche Arbeitszeit deutlich schneller reduziert worden als danach (vgl. Schaubild 1); insbesondere hat es bis zum Inkrafttreten vor allem des Tarifabschlusses in der Metallindustrie 1985 kaum noch eine nennenswerte Reduzierung der Wochenarbeitszeit gegeben.

³ Vgl. z.B. Infratest Sozialforschung GmbH München (Projektleiter H. Bielski), Wissenschaftszentrum Berlin (Projektleiter Dr. F. Hegner), Flexible Arbeitszeiten; Frankfurt, New York, 1985 (Schriftenreihe Humanisierung des Arbeitslebens; Bd. 68).

⁴ Vgl. G. Bosch, N. Engelhardt, K. Hermann, I. Kurz-Scherf, H. Seifert: Arbeitszeitverkürzung im Betrieb. Die Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche in der Metall-, Druck- und Holzindustrie sowie im Einzelhandel, Köln, 1988, S. 266.

⁵ Vgl. zuletzt: H. Kohler, L. Reyher: Arbeitszeit und Arbeitszeitvolumen in der Bundesrepublik Deutschland 1960-1986, Datentlage — Struktur — Entwicklung, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 123, Nürnberg, 1988.

Schaubild 2
Komponenten der Jahresarbeitszeit je Arbeitnehmer
 Verarbeitendes Gewerbe



Teilzeitarbeit

Teilzeitbeschäftigte sind zu 90 vH Frauen, jede siebente Frau arbeitet als Teilzeitbeschäftigte. Diese Frauen sind überwiegend im Angestelltenbereich (Verwaltung), aber auch im Produktionsbereich tätig, vor allem als angelernte Arbeiterinnen.

Schaubild 2 zeigt, daß die Bedeutung von Teilzeitarbeit im verarbeitenden Gewerbe bis 1973 kontinuierlich zugenommen und danach praktisch stagniert hat. Teilzeitbeschäftigung ist eine Komponente der Arbeitszeitentwicklung, die sich nicht negativ auf die durchschnittlichen Betriebszeiten auswirkt. Sie wird von den Unternehmen sogar zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Betriebszeiten genutzt. Beispiel hierfür sind Kurzschichten (sog. Hausfrauenschichten), die in der Regel vier bis sechs Stunden dauern und im Anschluß an die „Normalarbeitsstunden“ geleistet werden („Dämmererschichten“). Teilzeitarbeit bietet sich auch an, wenn die erforderliche Besetzungszeit nur an einzelnen Arbeitsplätzen über die Normalarbeitszeit hinausgeht. So müssen bei Gleitzeitarbeit bestimmte Arbeitsplätze vom frühestmöglichen Arbeitsanfang bis zum spätestmöglichen Arbeitsende besetzt sein, was von einer Vollzeitkraft nicht geleistet werden kann (Beispiel: Telefenzentrale).

In Wirtschaftszweigen des verarbeitenden Gewerbes mit technik- und kapitalintensiven Arbeitsplätzen — der chemischen Industrie, Zweigen der Investitionsgüterindustrie, der Druckindustrie u.a. — ist die Betriebszeit durch die Einbeziehung von Teilzeitarbeit ausgeweitet worden⁶.

Eine Wertung solcher Entwicklungen ist sicherlich schwierig; Teilzeitarbeit von Frauen ist häufig schlecht bezahlte Arbeit; qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze dürften gerade im Produktionsbereich eher die Ausnahme sein⁷.

Teilweise decken sich bei Teilzeitarbeitsplätzen betriebliche Interessen mit den Arbeitszeitpräferenzen von Frauen⁸.

Überstunden, Kurzarbeit

Überstunden können als kurzfristige, vorübergehende Maßnahme bei unvorhergesehenen Auftragsspitzen geleistet werden. Wird von ihnen aber dauerhaft Gebrauch gemacht, so verlängern sie die Betriebszeit.

Während durch Kurzarbeit die Nutzung der Anlagen — meistens vorübergehend — eingeschränkt wird, ist mit Überstunden nicht in jedem Fall eine Ausweitung der Betriebszeit verbunden. Grob gesprochen, deuten transitorische Überstunden⁹ — für die innerhalb eines Jahres ein Freizeitausgleich gewährt wird — eher auf den Bedarf einer Differenzierung von Betriebszeiten im Jahresverlauf hin.

Ohne einen solchen Zeitausgleich handelt es sich um definitive Überstunden, unabhängig von ihrer Bezahlung¹⁰. Durch solche Überstunden dürfte die Betriebszeit tendenziell verlängert werden. Im wesentlichen weisen sie auf einen nicht gedeckten zusätzlichen Bedarf an Betriebszeit hin.

Schaubild 2 zeigt die Verläufe von Kurzarbeit und (definitiven) Überstunden auf der Grundlage der IAB-Rechnung. Kurzarbeit entwickelt sich zyklisch; bei den Überstunden wird der — schwächere — zyklische Verlauf von deutlichen Trends überlagert. Von 1960 bis 1970 hat das Gewicht der Überstunden, das im verarbeitenden Gewerbe ohnehin groß ist, rasch zugenommen, danach bis 1985 ebenso deutlich wieder abgenommen. In Relation zur tariflichen jährlichen Arbeitszeit je Arbeitnehmer lag der Anteil der Überstunden 1960 bei 4,9 vH, 1973 bei

⁶ Vgl. hierzu auch Leonore Held-Gemeinhardt, Sabine Kroker: Teilzeitarbeit an technikintensiven Arbeitsplätzen — insbesondere in der Produktion, in: Infratest München, Wissenschaftszentrum Berlin, s. Fußnote 3, S. 73 ff.

⁷ Unberücksichtigt bleiben hier die geringfügigen (Teilzeit-) Arbeitsverhältnisse, für die nur eine teilweise oder gar keine Versicherungspflicht in den Zweigen der Sozialversicherung besteht. Sicherlich haben in den vergangenen Jahren geringfügige und andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse an Bedeutung gewonnen. Sie dürften aber in dem hier diskutierten Zusammenhang eine untergeordnete Rolle spielen.

⁸ S. Fußnote 6.

⁹ Vgl. C. Brinkmann, J. Gürtler, H. Kohler, L. Reyher, R. Rudat, E. Spitznagel, B. Teriet: Überstunden. Entwicklung, Strukturen und Bestimmungsgrößen, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 98, Nürnberg, 1986.

¹⁰ Zur kritischen Würdigung der verschiedenen statistischen Grundlagen im Bereich der Überstunden vgl. M. Weidinger, A. Hoff, Tendenzen der Betriebszeit- und Arbeitszeitentwicklung, in: D. Henckel (Hg.), Arbeitszeit, Betriebszeit, Freizeit. Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 80, Stuttgart u.a., 1988, S. 199 ff.

6,4 vH und 1986 bei 4,5 vH. Im Durchschnitt dürfte um diesen Prozentsatz die tatsächliche Betriebszeit länger sein als die aus der tariflichen Arbeitszeit abgeleitete Betriebszeit.

Durch die Zunahme von Bandbreitenmodellen und die Verlängerung der Zeiträume, in denen Überstunden durch Freizeit ausgeglichen werden können, dürfte sich das Verhältnis von definitiven und transitorischen Überstunden zugunsten der transitorischen verschieben: das Volumen der definitiven Überstunden dürfte geringer werden.

Versetzte Arbeitszeiten:

Schichtarbeit und Mehrfachbesetzungssysteme

Unterschiede in Niveau und Trend von Arbeits- und Betriebszeit werden vor allem durch Schichtarbeit und andere versetzte Arbeitszeiten bestimmt. Über den längerfristigen Trend von Schichtarbeit lassen sich nur grobe Anhaltspunkte gewinnen. Im Zusammenhang mit dem Trend kürzerer individueller Arbeitszeiten hat die Bedeutung der Schichtarbeit bis in die siebziger Jahre hinein zugenommen¹¹. Eine neuere Studie kommt zu dem Schluß, daß die Zahl der Schicht- und Nachtarbeiter seit 1975 stagniert oder gar abgenommen hat¹². Nach anderen Einschätzungen ist die Zahl der Schichtarbeiter in den letzten Jahren konstant geblieben¹³.

Die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe dürfte sich hiervon unterscheiden. So wird geschätzt, daß Mitte der siebziger Jahre der Anteil der Schichtarbeiter im verarbeitenden Gewerbe etwa 20 vH betrug gegenüber 14 vH im Jahr 1960¹⁴. Eine Erhebung aus dem Jahr 1984 hat ergeben, daß von den 6,7 Mill. Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten ungefähr ein Viertel Schichtarbeiter waren. Von diesen 1,7 Mill. Schichtarbeitern arbeiteten wiederum zwei Drittel in Zwei-Schicht-Systemen (Früh- und Spätschicht) und ein Drittel in Drei-Schicht-Systemen¹⁵.

Hierdurch werden aber versetzte Arbeitszeiten nicht hinreichend berücksichtigt. Während bei den traditionellen Schichtsystemen zwei oder mehr Arbeitskräfte einen Arbeitsplatz umschichtig besetzen, werden bei Mehrfachbesetzungssystemen mehrere Arbeitsplätze gekoppelt und mit einer größeren Zahl von Beschäftigten besetzt. Mehrfachbesetzungssysteme (Rouliersysteme) eignen sich für eine Vielzahl von Kombinationen von tariflicher Arbeitszeit und gewünschter Besetzungsdauer von physischen Arbeitsplätzen — ohne daß Schichtarbeit im klassischen Sinne vorzuliegen braucht¹⁶. Auch Teilzeitarbeit kann in solche Systeme eingebaut werden. Mehrfachbesetzungssysteme erlauben darüber hinaus, den zu Freischichten oder Brückentagen gebündelten individuellen Freizeitausgleich ohne eine Reduzierung der Betriebszeiten zu realisieren. Ebenso lassen sich die Betriebszeiten — z.B. im Ein-Schicht-Betrieb — auf Dauer in

die Abendstunden und/oder in den Sonnabend hinein ausweiten.

Die Sonnabendarbeit hat in den achtziger Jahren in allen Wirtschaftszweigen wieder zugenommen, am stärksten im industriellen Bereich. Im produzierenden Gewerbe werden am Sonnabend überwiegend Überstunden geleistet¹⁷. Ein Teil dieser Überstunden dürfte durch Freizeitausgleich abgegolten werden. Dennoch zeigt diese Entwicklung deutlich, daß — vorbereitet durch Überstunden — der Sonnabend zunehmend wieder in den Bereich der „Normalarbeitszeit“ gerückt werden soll. In abgeschwächter Form gilt dies auch für die Sonntagsarbeit.

Fazit für die Betriebszeitentwicklung

Es läßt sich hieraus sicherlich kein präziser Trend für die Betriebszeit im verarbeitenden Gewerbe herausfiltern: — Konjunkturelle Bewegungen überlagern den Trend deutlich.

— Betriebszeitausweitung ist für kapitalintensive Branchen und dabei vor allem für Großbetriebe interessant. Branchendurchschnitte überdecken dies ebenso wie die Tatsache, daß es häufig nicht einmal um die Betriebe als Ganzes, sondern häufig nur um Betriebs-teile geht (Produktionsinseln).

— Die Unschärfe im Verhältnis von Betriebszeitflexibilisierung und Betriebszeitverlängerung hat sich im Zeitverlauf eher verstärkt.

Dennoch sei ein grobes Fazit versucht: Die Betriebszeiten haben im Zuge der Verkürzung der Wochenarbeitszeit in den sechziger Jahren ebenfalls abgenommen — aber weniger als die tarifliche Arbeitszeit. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit dürfte auch bis Mitte der siebziger Jahre einen — wiederum relativ schwächeren — Rückgang der Betriebszeit bewirkt haben. Hinzu kam der weltweite konjunkturelle Einbruch 1973/74, der für die meisten Branchen einen Druck auf die Auslastung der Kapazitäten

¹¹ Vgl. J. Münstermann, K. Preiser, Schichtarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hg.), Bonn 1978.

¹² Vgl. W. Streich, Bilanz der Schichtarbeitsforschung im Programm Humanisierung des Arbeitslebens, in: Bundesanstalt für Arbeitsschutz, Schriftenreihe Forschung Fb Nr. 458, Dortmund 1986.

¹³ Vgl. U. Groß u.a., a.a.O., S. 39.

¹⁴ Vgl. K. Vogler-Ludwig, Arbeitszeitverkürzung — Betriebszeitverlängerung, Zu den Entkoppelungsmöglichkeiten von Arbeits- und Betriebszeitsystemen, in: Flexibilisierung der Arbeitszeit, K. Furmanick, U. Weike (Hg.), München, 1986, S. 215-232.

¹⁵ Vgl. L. Reyher, E. Spitznagel, W.R. Streck, B. Teriet, K. Vogler-Ludwig, Zu den Beschäftigungspotentialen einer Entkopplung von Arbeits- und Betriebszeiten, MittAB 1/85, S. 30-40.

¹⁶ Vgl. M. Weidinger, A. Hoff, a.a.O.

¹⁷ Vgl. U. Groß u.a., a.a.O.

Betriebszeiten im verarbeitenden Gewerbe 1984
Stunden pro Woche

Wirtschaftsbereiche	Einschicht- betrieb	Mehrschicht- betrieb	Gesamtdurch- schnitt
Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung	40,1	136,9	74,3
Kunststoffwarenherstellung, Gummiverarbeitung	39,8	107,2	68,8
Steine und Erden, Feinkeramik, Glasgewerbe	40,9	115,4	59,2
Holzbearbeitung, Papier- und Pappeerzeugung, -verarbeitung	40,1	123,7	80,3
Metallerzeugung und -verarbeitung	40,3	117,7	78,8
Stahl-, Maschinen- u. Fahrzeugbau	40,3	81,3	57,5
Elektrotechnik, Feinmechanik/Optik/Uhren, Herstellung von EBM-Waren	40,4	87,8	52,8
Holzverarbeitung, Herstellung von Musikinstrumenten usw.	40,5	81,0	42,4
Druckerei und Vervielfältigung	40,2	96,9	63,9
Textilgewerbe	40,3	112,3	81,3
Leder- und Bekleidungs-gewerbe	40,2	101,0	41,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	41,6	99,8	54,5
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	40,4	98,7	60,6

Quelle: Ifo/IAB-Umfrage, Oktober 1984; vgl. Reyher u.a. 1985.

und damit auf die Reduzierung der Betriebszeiten aus-
gelöst haben dürfte.

Im Durchschnitt dürfte die Betriebszeit im verarbei-
tenden Gewerbe von 1975 an zumindest bis zur Rezes-
sion von 1981/82 konstant geblieben sein. Darauf deutet
die weiter zunehmende Schichtarbeit und die weitge-
hende Konstanz der Wochenarbeitszeit hin. Seit 1983
dürften dann die Betriebszeiten aufgrund der günstigen
konjunkturellen Entwicklung, der weiterhin steigenden
traditionellen Schichtarbeit sowie der Zunahme versetzter
Arbeitszeiten unter Einbeziehung der Teilzeitarbeit im
Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes wenigstens
konstant geblieben sein, obwohl die wöchentliche Arbeits-
zeit erneut reduziert worden ist.

Die IAB/Ifo-Erhebung vom Oktober 1984 liefert erstmals
Anhaltspunkte über die durchschnittlichen Betriebszeiten
im verarbeitenden Gewerbe. Während im Ein-Schicht-
Betrieb die wöchentliche Betriebszeit in fast allen Wirt-
schaftszweigen des verarbeitenden Gewerbes etwa 40
Stunden betrug, wurden in den Wirtschaftszweigen mit
Mehr-Schicht-Betrieb die Produktionsanlagen im Durch-
schnitt des verarbeitenden Gewerbes rund 99 Stunden
pro Woche genutzt, wobei die sektoralen Abweichungen
allerdings erheblich sind (vgl. Tabelle).

Die durchschnittliche Nutzungsdauer der Produktions-
anlagen im verarbeitenden Gewerbe betrug 1984 rund 61
Stunden pro Woche; damit waren die Betriebszeiten
durchschnittlich um mehr als 50 vH länger als die durch-
schnittlichen individuellen wöchentlichen Arbeitszeiten.

Die Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeit hat
immer mehr dazu geführt, daß Betriebszeiten konstant
gehalten oder sogar ausgeweitet werden konnten. Wenn
größere Unternehmen in bestimmten Wirtschaftszweigen
davon keinen Gebrauch gemacht haben, dann sicherlich
nicht wegen eines von der individuellen (Wochen-)Ar-
beitszeitverkürzung ausgehenden Zwanges.

**Ökonomische Auswirkungen
einer Verlängerung der Betriebszeiten**

Die ökonomischen Auswirkungen einer Betriebszeitver-
längerung — der heute realistische und überwiegend dis-
kutierte Fall¹⁸ — können nur in groben Zügen abge-
schätzt werden. Es kann nicht um die Nachzeichnung
aller in diesem Zusammenhang wichtigen Kosten- und Er-
löskomponenten gehen. In einzelwirtschaftlicher Betrachtung
liegen hierzu ausführliche Untersuchungen vor¹⁹.

Hauptsächlich zielt die Verlängerung der Betriebs-
zeiten auf Einsparungen beim Kapitaleinsatz für neue In-

¹⁸ Und nicht, wie K.D. Schmidt dies tut, den Rückgang der Be-
triebszeiten, der sich nach seinen Berechnungen nur bis 1975
vollzog! Vgl. K.D. Schmidt, Kapazitätsauslastung, Kapitalnut-
zungspreise und Produktivität — Ein Beitrag zur Erklärung der
Wachstumsschwäche, in: Horst Tomann (Hg.), Wirtschaftspoliti-
sche Antworten auf die Stagnation. Essays zu Ehren von Bern-
hard Filusch, Berlin 1986, S. 53–73.

¹⁹ Vgl. z.B. H. van Deelen, Kostenoptimale Arbeits- und Be-
triebszeiten, Berlin, 1987 (Grundlagen und Praxis der Personal-
wirtschaft, Bd. 1).

vestitionsprojekte. Ein weiteres Motiv der Unternehmen für eine Betriebszeitverlängerung besteht darin, der wirtschaftlichen Veralterung der Anlagen zuvorzukommen: Die Risiken des raschen technischen Fortschritts und der Verkürzung der Zyklen bei Produkt- und Prozeßinnovationen können durch eine — pro Jahr — längere Nutzung der Maschinen verringert werden. Hinzu kommt, daß dann, wenn die — auf ein Jahr gerechnete — Nutzungszeit der vorhandenen Anlagen erhöht wird, dies in aller Regel zu einer intensiveren Nutzung des Kapitalstocks und zu einem häufigeren Austausch von alten Anlagen durch neue Anlagen führt. Damit wird eine Effizienzsteigerung des Anlagenbestandes erreicht.

Die Betriebszeit der Anlagen ist also ein zusätzlicher Bestimmungsfaktor für das Investitionsverhalten. Bei schneller technischer Veralterung der Maschinen und sich schnell ändernden Marktbedingungen erlauben längere Betriebszeiten eine raschere Reaktion der Unternehmen. Hinzu kommt, daß dadurch die Investitionsaufwendungen — besonders bei kapitalintensiven Investitionsprojekten — vermindert werden können. Wichtig ist, daß auch für Unternehmen ohne steigende Absatzerwartungen eine Ausweitung der Betriebszeiten eine rentabilitätssteigernde Strategie sein kann.

Die Kapitalstückkosten verändern sich in dem Maße, wie die ökonomische Nutzungsdauer mit der Betriebszeit variiert. Wird z. B. bei einer Verlängerung der Betriebszeit die ökonomische Nutzungsdauer entsprechend verringert und werden damit die Abschreibungen proportional erhöht, dürften sich die Kapitalstückkosten nur wenig vermindern — vor allem im Umfang des vergleichsweise geringeren Risikofaktors.

Wenn sich dagegen die Abschreibungen unterproportional oder gar nicht mit der Betriebszeit verändern, sind die Ersparnisse bei den Kapitalstückkosten entsprechend höher und die Stückgewinne größer.

Die Effizienzsteigerung des Kapitalstocks infolge einer Verlängerung der Betriebszeit dürfte in der Regel die Arbeitsproduktivität positiv beeinflussen, so daß der Mehrbedarf an Arbeitskräften geringer ist als die zusätzliche Produktion. In eine Gesamteinschätzung müssen mögliche Verdrängungseffekte gegenüber anderen Produzenten, aber auch positive Beschäftigungseffekte aufgrund einer verbesserten Wettbewerbssituation — auch auf den internationalen Märkten — einbezogen werden.

Schlußfolgerungen

Die Ausdehnung der Betriebszeiten hat viele Aspekte, die bei einer Beurteilung berücksichtigt werden müssen:

- die Probleme einer Konzentration auf Großunternehmen;
- gesundheitliche Probleme bei sehr langen Schichtzeiten und bei Nacharbeit;
- (positive und negative) Folgen der Entzerrung durch versetzte Arbeitszeiten und Wochenendarbeit auf die Infrastruktur;
- die Abstimmung betrieblicher Strategien mit Arbeitszeitpräferenzen der Arbeitnehmer. Betriebswirtschaftlich begründete Strategien sollten vor allem dann zum Tragen kommen, wenn Arbeitszeitpräferenzen der Arbeitnehmer in die gleiche Richtung gehen;
- die Probleme einer internationalen Kooperation, um zu verhindern, daß sich aufgrund der Wettbewerbsvorteile längerer Betriebszeiten für die Arbeitnehmer nachteilige Schichtsysteme durchsetzen (z.B. im EG-Binnenmarkt 1992).

Die gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekte einer Betriebszeitausweitung sind ungewiß. Naheliegender ist daher, eine mit den Interessen der Arbeitnehmer abgestimmte Ausweitung der Betriebszeit mit weiteren Arbeitszeitverkürzungen zu verbinden, um möglichst große Beschäftigungswirkungen von Arbeitszeitverkürzungen zu erzielen. Die im Gefolge von verlängerten Betriebszeiten erweiterten Rentabilitätsspielräume der Unternehmen lassen sich in das Verhandlungspaket des „Lohnausgleichs“ bei weiteren Schritten der Arbeitszeitverkürzung einbeziehen²⁰. Für Schritte in diese Richtung spricht auch die überaus günstige Rentabilitätsentwicklung in den Zweigen des verarbeitenden Gewerbes, die in erster Linie an einer Ausweitung der Betriebszeit interessiert sind.

²⁰ Vgl. F. Stille, R. Zwiener: Arbeitszeitverkürzung als Instrument der Beschäftigungspolitik — Zum „Lohnausgleich“ und den Beschäftigungseffekten im privaten und staatlichen Bereich —, in: WSI-Mitteilungen 10/1988, S. 591 f.

Italiens wirtschaftliche Renaissance in den 80er Jahren — Entwicklung, Probleme, Perspektiven

Gegen Ende der siebziger Jahre wurde Italien häufig als der „kranke Mann Europas“ betrachtet. Nach der unzureichenden Bewältigung der binnen- und weltwirtschaftlichen strukturellen Herausforderungen, insbesondere der Ölpreisschocks, sah man in diesem Land viele der zum Teil auch für die anderen westlichen Industrieländer typischen ökonomischen Probleme in besonderem Maße konzentriert: Das größte öffentliche Defizit und die höchsten Inflationsraten unter den großen Industrieländern, rasch zunehmende außenwirtschaftliche Schwierigkeiten, eine Überreglementierung in manchen Bereichen des Arbeitsmarktes, eine Krise des Ausbildungssystems, ein besonders ineffizientes Steuererhebungssystem mit hohen Steuersätzen, schließlich ein notorisch unstabiles politisches System und einen Mangel an unternehmerischem Elan. Unter dem Eindruck häufig streikbelasteter sozialer Auseinandersetzungen schien der Weg in eine weitere inflationäre Entwicklung und in eine wirtschaftliche Krise vorgezeichnet. Nur eine äußerst restriktive Geld- und Wirtschaftspolitik, so wurde vielfach gefordert, könne Italien mittels einer „Reinigungskrise“, die wahrscheinlich mit einer mehrjährigen Rezession verbunden wäre, auf den Weg zu einer wirtschaftlichen Gesundung bringen.

Im Gegensatz zu dieser damaligen Perspektive stehen die industrielle Erneuerung und die erstaunliche Renaissance der italienischen Wirtschaft in den achtziger Jahren, ohne daß der vorgeschlagene wirtschaftspolitische Weg beschritten worden wäre. Insbesondere weist Italien in den letzten zehn Jahren die höchste Wachstumsrate unter den großen europäischen Industrieländern auf. Das in den letzten Jahren viel zitierte britische „Wirtschaftswunder“ wird im Vergleich zur Entwicklung in Italien durchaus relativiert. Zwar ist die Arbeitslosenquote in Italien, auch unter Berücksichtigung der sogenannten statistischen „Bereinigungen“ in Großbritannien, noch höher als dort, jedoch hat sich die Leistungsbilanz in Italien zumindest in den letzten Jahren besser entwickelt, und die Inflationsrate unterschied sich zuletzt nicht mehr von der in Großbritannien. Das hohe Haushaltsdefizit konnte gleichzeitig deutlich verringert werden.

Die Entwicklung in Italien wird vom Ausland häufig unterschätzt. Das mag einerseits mit überkommenen Vorurteilen zusammenhängen, es kann andererseits aber auch daher resultieren, daß Verwaltung und Regierung in Italien im Vergleich zu den anderen großen Industrieländern Westeuropas als schwach erscheinen und eine kohärente Wirtschaftspolitik zumindest explizit nie deutlich wurde. Dies hat sich in letzter Zeit jedoch entscheidend geändert. Die verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kräfte entwickelten zusammen eine Sanierungsstra-

tegie, die sich trotz aller Schwierigkeiten an den strukturellen Erfordernissen orientierte. Dabei gelang es mit Hilfe der Einkommenspolitik im Konsens mit den Sozialpartnern, die Inflationsrate deutlich zu verringern, ohne daß eine stärkere Abschwächung des Wirtschaftswachstums in Kauf genommen werden mußte.

Deutliche Indikatoren für den wirtschaftlichen Aufschwung

Die äußeren Zeichen für die Gesundung der italienischen Wirtschaft in den achtziger Jahren sind mannigfaltig. Am sichtbarsten ist die wirtschaftliche Expansion. Sie war beachtlich in ihrer Stärke, in ihrer Stetigkeit und in ihrer Dauer. Nach einer — weltweiten — Rezessionsperiode zu Beginn der achtziger Jahre, die noch Folge des zweiten Ölpreisschocks und der restriktiven Wirtschaftspolitik danach war, wurde schnell ein Wachstumspfad von etwa 2 1/2 bis 3 1/2 vH erreicht, der damit steiler als in den anderen großen europäischen Volkswirtschaften war. Dabei war das Wachstum auch ausgeglichener als in Großbritannien, wo die Veränderungsdaten seit 1978 in einem Band von etwa 7 vH-Punkten schwankten. Zudem hält der Aufschwung nunmehr seit 1982 ohne wesentliche Rückschläge an.

Mit dem Aufschwung waren nicht nur keine zusätzlichen inflationären Impulse verbunden, sondern der Prozeß der Desinflation, der 1980 begann, hat sich noch deutlich beschleunigt. 1980 betrug die italienische Inflationsrate über 21 vH, und das Inflationsdifferential gegenüber dem EG-Durchschnitt erreichte eine Größenordnung von 8 Prozentpunkten. Bis 1987/88 ist es jedoch gelungen, die Inflationsrate auf etwas unter 5 vH zu drücken; das Inflationsdifferential liegt gegenwärtig nur noch bei etwa 1,5 vH-Punkten. Der Stabilisierungserfolg Italiens ist damit größer als in allen anderen vergleichbaren Industrieländern, wenn auch in Frankreich ähnliche Erfolge auf einem insgesamt niedrigeren Niveau erreicht wurden.

Die erstaunliche Kombination von anhaltend kräftigem Wirtschaftswachstum und fallenden Inflationsraten wurde schließlich 1987 noch dadurch verdeutlicht, daß im Gefolge umfangreicher Revisionen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung das Bruttosozialprodukt Italiens um etwa ein Sechstel höher ausgewiesen wurde als zuvor. Damit „überholte“ Italien Großbritannien mit seinem Bruttosozialprodukt insgesamt wie auch pro Kopf. Zieht man zum Vergleich die Schätzungen der OECD für die Kaufkraftparitäten heran, so hat Italien sogar Frankreich leicht übertroffen und wurde zur viertgrößten westli-

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und seiner wichtigsten Komponenten
in den großen westlichen Industrieländern 1978 bis 1988

	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1988/78
	Veränderungen gegenüber Vorjahr bzw. durchschnittliche Veränderung in vH											
Bruttosozialprodukt zu konstanten Preisen und in Landeswährung												
Bundesrepublik Deutschland	3,3	4,0	1,5	0,0	-1,0	1,9	3,3	1,9	2,3	1,8	3,5	1,7
Frankreich	3,4	3,2	1,6	1,2	2,5	0,7	1,3	1,7	2,1	2,3	3,0	1,8
Italien	2,7	4,9	3,9	1,1	0,2	1,1	3,2	2,9	2,9	3,1	3,5	2,4
Großbritannien	4,0	2,4	-2,6	-0,6	1,3	4,3	2,2	3,0	3,8	3,8	4,0	2,2
EG ¹⁾	3,2	3,3	1,4	0,3	0,6	1,8	2,5	2,3	2,7	2,7	3,4	1,9
USA	5,3	2,5	-0,2	1,9	-2,5	3,6	6,8	3,4	2,8	3,4	4,0	2,6
Japan	5,2	5,3	4,3	3,7	3,1	3,2	5,1	4,9	2,4	4,2	5,5	4,0
Privater Verbrauch zu konstanten Preisen und in Landeswährung												
Bundesrepublik Deutschland	3,8	3,6	1,2	-0,5	-1,3	1,7	1,5	1,4	3,4	3,5	2,5	1,4
Frankreich	3,7	3,0	1,2	2,1	3,5	0,9	1,1	2,3	3,4	2,4	2,5	2,1
Italien	2,7	4,9	4,8	1,5	1,1	0,7	2,4	3,0	3,5	4,3	4,0	2,6
Großbritannien	5,6	4,2	0,0	0,0	0,9	4,5	1,8	3,5	5,4	5,1	5,0	2,8
EG ¹⁾	3,7	3,6	1,4	0,4	0,8	1,5	1,4	2,4	3,8	3,6	3,3	2,0
USA	4,1	2,2	-0,2	1,2	1,3	4,6	4,8	4,7	4,3	2,7	2,5	3,1
Japan	5,4	6,4	1,4	1,3	4,1	3,2	2,7	2,7	3,2	3,9	4,5	3,1
Bruttoanlageinvestitionen zu konstanten Preisen und in Landeswährung												
Bundesrepublik Deutschland	4,7	7,2	2,8	-4,8	-5,3	3,2	0,8	0,1	3,3	1,8	5,5	0,6
Frankreich	2,1	3,1	2,6	-1,9	-1,4	-3,6	-2,6	2,8	2,9	3,4	6,5	0,3
Italien	-0,1	5,8	9,4	-2,3	-5,7	-0,1	5,3	2,5	1,4	5,2	5,0	1,8
Großbritannien	3,0	2,8	-5,4	-9,6	5,4	5,0	8,6	3,8	0,9	5,5	9,0	2,5
EG ¹⁾	2,4	3,7	2,1	-5,2	-2,0	0,4	2,0	2,4	3,7	4,2	6,2	1,1
USA	10,2	3,0	-6,5	-0,5	-9,8	7,6	16,0	6,0	0,5	1,9	7,0	2,5
Japan	8,5	5,3	0,0	3,1	0,8	-0,3	4,9	5,8	6,0	10,3	11,5	4,0
Export zu konstanten Preisen und in Landeswährung												
Bundesrepublik Deutschland	4,1	4,5	5,3	8,2	3,2	-0,5	9,0	6,8	0,0	0,8	4,0	4,1
Frankreich	5,9	7,5	2,7	3,7	-1,7	3,7	7,0	1,7	-0,7	1,7	7,0	2,8
Italien	10,2	9,5	-4,6	7,5	-1,1	2,3	7,6	3,8	3,4	3,6	5,0	3,4
Großbritannien	1,9	3,8	0,2	-0,9	0,9	2,4	6,6	5,9	3,8	5,5	3,0	3,1
EG ¹⁾	5,1	6,3	2,2	5,1	1,3	2,4	8,0	4,8	1,5	3,3	5,2	3,9
USA	11,0	14,1	9,0	1,0	-7,8	-3,8	6,8	-1,2	3,1	13,1	17,5	2,7
Japan	-0,7	6,2	17,7	15,6	3,6	4,2	17,5	5,6	-5,2	3,7	3,5	7,2
Import zu konstanten Preisen und in Landeswährung												
Bundesrepublik Deutschland	5,5	10,5	3,7	-1,2	-0,1	0,6	5,3	3,7	3,6	4,9	5,0	2,9
Frankreich	3,0	10,1	2,5	-2,1	2,6	-2,7	2,7	4,3	7,3	6,4	7,0	2,9
Italien	8,1	13,5	8,4	-3,8	-0,7	-1,6	11,0	4,7	4,7	10,0	7,0	4,2
Großbritannien	3,9	9,7	-3,4	-2,8	5,0	6,4	9,7	2,6	6,5	7,3	9,0	4,6
EG ¹⁾	4,7	10,0	1,8	-2,5	1,8	0,7	6,0	4,2	5,5	6,9	7,0	3,4
USA	7,0	4,1	-6,0	3,4	-2,3	9,7	23,8	3,4	9,4	7,9	6,0	6,4
Japan	5,1	13,4	-6,2	5,1	1,7	-5,1	11,1	-0,1	2,8	9,2	10,0	3,0

¹⁾ Gewichte 1987 zu laufenden Preisen auf Dollarbasis.

Quellen: Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW für 1988. Geschätzte Veränderungsdaten gerundet.

Entwicklung der Verbraucherpreise in den großen westlichen Industrieländern 1978 bis 1988

	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1988/78
	Veränderungen gegenüber Vorjahr bzw. durchschnittliche Veränderung in vH											
	Verbraucherpreise											
Bundesrepublik Deutschland	2,7	4,1	5,4	6,3	5,3	3,3	2,4	2,2	-0,2	0,3	1,5	3,1
Frankreich	9,1	10,8	13,3	13,4	11,8	9,6	7,4	5,8	2,5	3,3	3,0	8,2
Italien	12,0	14,8	21,3	19,5	16,5	14,6	10,8	9,2	5,9	4,7	5,0	12,4
Großbritannien	8,3	13,4	18,0	11,9	8,6	4,6	5,1	6,1	3,4	4,2	5,0	7,4
EG	8,5	10,4	13,4	12,3	10,6	8,2	6,8	5,9	3,3	3,1	3,5	7,8
USA	7,6	11,3	13,5	10,4	6,2	3,2	4,3	3,6	1,9	3,7	4,0	5,7
Japan	4,2	3,7	7,7	4,9	2,7	1,9	2,3	2,0	0,6	0,1	0,5	2,6
Nachrichtlich: Inflationsdifferenz Italien/EG ¹⁾ :	3,5	4,4	7,9	7,2	5,9	6,4	4,0	3,3	2,6	1,6	1,5	4,6

¹⁾ Abweichung der Verbraucherpreise in Italien vom Durchschnitt der EG in vH-Punkten.
Quellen: IMF, Jahrbuch 1988 und November 1988. Schätzungen des DIW für 1988. Geschätzte Veränderungsdaten gerundet.

chen Wirtschaftsmacht nach den USA, Japan und der Bundesrepublik Deutschland. Die Revision der Gesamtrechnung ist keinesfalls allein mit der besseren Erfassung der Untergrundwirtschaft verbunden, sondern sie ist auch auf eine bessere Messung der legalen Wirtschaftstätigkeit zurückzuführen. Am stärksten wurden die Anlageinvestitionen nach oben revidiert.

Ein weiterer Indikator für die Stärke der italienischen Wirtschaft ist die Ertragslage der Unternehmen. Diese hatte sich während der durch die Ölpreisschocks und hef-

tige soziale Auseinandersetzungen geprägten siebziger Jahre, in denen die realen Lohnkosten deutlich stärker stiegen als die Produktivität, sehr verschlechtert. Ihren Tiefstand erreichten die Gewinnmargen zu Beginn der achtziger Jahre. In diese Zeit fallen auch die großen Verluste der öffentlichen Unternehmen. Diese Situation hat sich seit 1983 erheblich verbessert. Die privaten Unternehmen, die sich zu Beginn der achtziger Jahre nur zu einem Drittel selbstfinanzierten, weisen heute bei stärker als im europäischen Durchschnitt gestiegenen Investitionen eine Selbstfinanzierungsquote von über 90 vH auf.

Leistungsbilanz und Handelsbilanz in den großen westlichen Industrieländern 1978 bis 1988

	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	
	Leistungsbilanz in Mrd. US-\$											
Bundesrepublik Deutschland	8,9	-5,4	-13,8	- 3,6	5,1	5,3	9,8	16,4	39,1	45,0	51,0	
Frankreich	7,0	5,2	- 4,2	- 4,8	-12,1	- 4,7	-0,8	-0,3	2,9	-4,1	- 3,0	
Italien	6,2	5,5	- 9,9	- 9,5	- 6,4	1,4	-2,3	-3,5	2,6	-1,0	- 2,5	
Großbritannien	1,9	-1,3	7,1	13,7	7,8	5,7	2,7	4,2	0,2	-2,6	-22,0	
USA	-15,4	-1,0	1,9	6,9	- 8,7	-46,3	-107,1	-115,1	-138,8	-154,0	-128,0	
Japan	16,5	-8,8	-10,7	4,8	6,9	20,8	35,0	49,2	85,8	87,0	79,0	
	Handelsbilanz in Mrd. US-\$											
Bundesrepublik Deutschland	24,2	16,5	8,8	16,2	24,7	21,4	22,3	28,5	55,7	70,0	78,0	
Frankreich	0,1	- 3,2	-13,4	-10,0	-15,8	-8,8	-4,7	-5,3	- 2,4	- 9,8	- 8,5	
Italien	2,9	- 1,0	-16,9	-12,1	- 8,9	-2,5	-5,8	-6,1	4,5	0,1	- 2,5	
Großbritannien	- 3,0	- 7,2	3,3	7,2	3,7	-1,7	-6,1	-2,7	-12,8	-16,7	-33,0	
USA	-34,0	-27,5	-25,5	-28,0	-36,5	-67,1	-112,5	-122,2	-144,5	-160,3	-120,0	
Japan	24,3	1,7	2,1	20,0	18,1	31,5	44,3	56,0	92,8	96,5	93,0	

Quellen: OECD, Economic Outlook, Nr. 43. IMF, World Economic Outlook, Oct. 1988.
 IMF, International Financial Statistics. Schätzungen des DIW für 1988. Geschätzte Veränderungsdaten gerundet.

Auch die Außenwirtschaft hat ihre Schwäche zu Beginn der achtziger Jahre inzwischen weitgehend überwunden. Bei überdurchschnittlich steigenden Exporten und Importen hat sich das Handelsbilanzdefizit in den achtziger Jahren nicht vergrößert, obwohl die Abhängigkeit Italiens von Energieeinfuhren weiterhin besonders hoch ist. Die Leistungsbilanz weist seit 1983 nur noch geringe Defizite und zeitweise sogar Überschüsse aus.

Dennoch gibt es auch andauernde Belastungen für die zukünftige Entwicklung der italienischen Wirtschaft. Nicht nur, daß Italien eine der höchsten Arbeitslosenquoten hat, sondern auch die immer noch hohen öffentlichen Defizite, eine erneute Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie die Befürchtung, der Preisauftrieb könne sich wieder verstärken, beeinträchtigen das ansonsten positive Bild.

Von der wirtschaftlichen Neuorientierung...

Obwohl die Stärkung der italienischen Wirtschaftskraft erst in den letzten Jahren in der internationalen Öffentlichkeit größere Beachtung fand, so ist sie doch das Ergebnis eines bereits länger andauernden Prozesses. Dabei lassen sich drei wichtige Phasen unterscheiden: Die Periode gegen Ende der siebziger Jahre, in der noch vor dem zweiten Ölpreisschock die Umstrukturierung und Modernisierung der Industrie begann. Dann die Jahre bis 1983, als die Politik mit dem sogenannten „historischen Kompromiß“ in eine Neuordnung der sozialen und tarifpolitischen Beziehungen einmündete. Schließlich die bis zur Gegenwart andauernde Periode der Konsolidierung des Aufschwungs sowie des Versuchs, die weiterhin bestehenden Risikofaktoren für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung zu entschärfen.

Während der Rezession zu Mitte der siebziger Jahre hatten die italienischen Unternehmen unter dem Druck umfangreicher Streikbewegungen eine spürbare Verschärfung der „scala mobile“, der automatischen Lohnsteigerungen aufgrund der Indexbindung, hinnehmen müssen. Dabei kam es zu einer raschen Beschleunigung der Inflation. Im Gegensatz zu der damals ähnlich inflationären Situation in Großbritannien haben die finanz- und geldpolitischen Instanzen in Italien allerdings darauf verzichtet, die inflationären Antizipationen durch eine schnell greifende Restriktionspolitik zu brechen. Statt dessen hat die Zentralbank stets sehr vorsichtig agiert. Im Mittelpunkt stand das Bestreben, die Unternehmen nicht noch zusätzlich durch hohe Realzinsen zu belasten. Dabei setzte man zunächst der Abwertung der Lira wenig Widerstand entgegen. Damit wurden vor allem die Exporte in die europäischen Partnerländer gefördert. Zudem wurde die Modernisierung der Unternehmen durch steuerliche Vergünstigungen stimuliert.

In diese Jahre fallen zahlreiche Umstrukturierungen größerer italienischer Unternehmen sowie eine steigende Zahl von Unternehmensneugründungen. Gleichzeitig expandierte der Dienstleistungssektor stark. Es wird vielfach angenommen — und die jüngste Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung scheint dies zu belegen —, daß es in dieser Zeit auch zu einer zunehmenden Ausweitung der „economia sommersa“, der Untergrundwirtschaft, kam, die nicht allein steuerlichen Überlegungen entsprang, sondern vor allem auch auf den Versuch zurückzuführen war, den aus der Sozialgesetzgebung resultierenden höheren Lohnnebenkosten und Kündigungsrestriktionen zu entgehen. Die zahlreichen neugegründeten kleinen und mittleren Unternehmen dürften seit Ende der siebziger Jahre die Anpassungsfähigkeit und die Produktivitätsentwicklung der italienischen Wirtschaft stark verbessert haben. Gegen Ende der siebziger Jahre stiegen die Ausrüstungsinvestitionen wieder spürbar; auch die größeren Unternehmen nahmen grundlegende Rationalisierungsprogramme in Angriff. Früher als Frankreich und Großbritannien und noch vor dem zweiten Ölpreisschock hatte Italien damit eine umfangreiche Modernisierung seiner Wirtschaft eingeleitet. Daß diese Ersetzung von Menschen durch Maschinen zu Beginn der achtziger Jahre noch von einer weltweiten, sich auch in Italien auswirkenden Wirtschaftsschwäche begleitet war, bewirkte freilich auch, daß die Arbeitslosigkeit in den achtziger Jahren merklich zunahm.

... zum „historischen Kompromiß“...

Zu Beginn der achtziger Jahre, im Gefolge des zweiten Ölpreisschocks und der damit — vor allem über die „scala mobile“ — verbundenen Inflationsbeschleunigung auf über 20 vH, schien wie in anderen Ländern der letzte Ausweg nur noch in einer schärferen Restriktion der Geldpolitik zu bestehen, die bis dahin pragmatisch-moderat gewesen war. In dieser Lage erkannten Unternehmen, Gewerkschaften und Staat, daß für den gerade eingeleiteten Prozeß der Modernisierung der Industrie deutliche Gefahren bestanden, und es kam zu langwierigen Verhandlungen über mögliche Alternativen. Dabei wurde im Unterschied zur britischen und amerikanischen Wirtschaftspolitik zu Beginn der achtziger Jahre zunächst Einigkeit über ein behutsames Vorgehen erzielt.

Nach der Schaffung des Europäischen Währungssystems im Frühjahr 1979 sah Italien in seiner Bindung daran einen eher willkommenen „Anker“ im Kampf gegen die Inflation. Man hatte zwar einen möglichst günstigen Wechselkurs für den Eintritt in das Währungssystem ausgehandelt, jedoch machte die Notenbank zunehmend klar, daß sie die Verteidigung des Wechselkurses auch als Instrument zur Bekämpfung der Inflation einzusetzen gewillt sei. Gleichzeitig kam es zur sogenannten „Scheidung“ zwischen dem Schatzamt und der Notenbank, bei der die Notenbank von der Verpflichtung

befreit wurde, von der Regierung ausgegebene Wertpapiere aufzunehmen und damit gleichsam automatisch das wachsende öffentliche Defizit zu finanzieren. Die neue Regelung verstärkte damit die Fähigkeit der Notenbank beträchtlich, die Geldmenge zu steuern, und fiel zudem mit einer Reihe von Maßnahmen zusammen, die darauf gerichtet waren, die italienischen Kapitalmärkte funktionsfähiger zu machen. Um die hohe private Ersparnis in stärkerem Maße zur Finanzierung der öffentlichen Defizite zu nutzen, gab die Regierung Schatzwechsel zum ersten Mal seit Jahren mit positivem Realzinssatz aus; also zu wesentlich günstigeren Bedingungen für den Anleger als zuvor. Mit der zunehmenden Kontrolle der Notenbank über die Geldmenge konnten 1983 auch die quantitativen Kreditbeschränkungen überwiegend aufgegeben werden.

Die Unternehmen reagierten auf die nunmehr glaubwürdigere und straffere Geld- und Wechselkurspolitik, die ihren Spielraum zur Kostenüberwälzung einengte, indem sie rationalisierten und ihre Exportanstrengungen vergrößerten. Mit der freilich steigenden Arbeitslosigkeit nahm der Druck auf die Gewerkschaften zu. Es gelang der Regierung, die inflationären Wirkungen der Lohnindexierung zunächst dadurch abzuschwächen, daß sie für 1982 und 1983 nach oben begrenzte Lohnerhöhungen mit den Gewerkschaften aushandelte und im Gegenzug bestimm-

te soziale Leistungen erhöhte sowie eine Begrenzung der Preissteigerungen im öffentlichen Bereich zusagte. Schließlich schlossen Anfang 1983 Regierung, Gewerkschaften und Unternehmensverband einen Vertrag, den „historischen Kompromiß“. Hierbei kam es vor allem zu einer bedeutenden Modifikation des Indexsystems, indem Lohnerhöhungen begrenzt wurden.

Darüber hinaus wurden die Unternehmen von Lohnkosten entlastet. Mit dem Produktivitätsanstieg und der Wirtschaftsabschwächung zu Beginn der achtziger Jahre war der Druck in den Unternehmen gewachsen, die Zahl der Beschäftigten zu reduzieren, was bei der strikten Sozialgesetzgebung jedoch nur unter großen Schwierigkeiten möglich war. In dieser Situation wurde nun zunehmend eine spezielle Organisation, die „Cassa integrazione guadagni“ dafür genutzt, weitgehende Lohnersatzleistungen an Personen zu zahlen, die aufgrund vorübergehender Schwierigkeiten in ihren Unternehmen, z.B. als Folge einer Branchenkrise oder einer Umstrukturierung, überzählig waren, aber nicht entlassen wurden. Damit wurden zwei Ziele gleichzeitig verfolgt. Einmal übernahm der Staat Lohnkosten der Unternehmen. Zum anderen kam man den Gewerkschaften entgegen, denn diese konnten eine solche Finanzierung von versteckter Arbeitslosigkeit eher akzeptieren, da der Beschäftigte offiziell seinen Status als Arbeitnehmer des Unternehmens behielt. Zwar

Erwerbstätige und Arbeitslosenquote in den großen westlichen Industrieländern 1978 bis 1988

	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1988/78
	Erwerbstätige ¹⁾											
	Veränderungen gegenüber Vorjahr bzw. durchschnittliche Veränderung in vH											
Bundesrepublik Deutschland	0,6	1,4	1,1	-0,7	-1,7	-1,5	0,1	0,7	1,0	0,7	0,6	-0,1
Frankreich	0,4	0,2	0,1	-0,6	0,2	-0,3	-0,9	-0,3	0,2	0,1	0,5	-0,2
Italien	0,4	1,0	1,3	0,2	-0,3	0,3	0,3	0,4	0,5	-0,1	0,5	0,3
Großbritannien	0,6	1,6	-0,3	-4,0	-1,7	-1,2	1,9	1,6	0,4	1,9	1,0	-0,1
EG	0,3	0,9	0,4	-1,3	-0,9	-0,5	0,0	0,6	0,8	1,1	0,8	0,0
USA	4,4	2,9	0,5	1,1	-0,9	1,3	4,1	2,0	2,3	2,6	2,0	1,7
Japan	1,2	1,3	1,0	0,8	1,0	1,7	0,6	0,7	0,8	1,0	1,0	1,0
	Arbeitslosenquote in vH ²⁾³⁾											
Bundesrepublik Deutschland	3,7	3,3	3,3	4,6	6,7	8,2	8,2	8,3	8,0	7,9	8,0	
Frankreich	5,4	6,0	6,4	7,6	8,2	8,4	9,9	10,2	10,5	10,6	10,7	
Italien	6,8	7,2	7,1	7,9	8,5	9,2	9,3	9,6	10,3	11,0	11,5	
Großbritannien	5,1	4,5	6,1	9,1	10,4	11,3	11,5	11,7	11,8	10,4	9,5	
EG ⁴⁾	5,6	5,7	6,4	8,1	9,4	10,4	11,1	11,3	11,3	11,0	11,0	
USA	6,1	5,8	7,2	7,6	9,7	9,6	7,5	7,1	7,0	6,2	5,5	
Japan	2,2	2,1	2,0	2,2	2,3	2,6	2,7	2,6	2,8	2,8	2,5	

1) Ohne Armeeeingehörige. — 2) Arbeitslosigkeit in vH der abhängigen zivilen Erwerbsbevölkerung. Die von der OECD ausgewiesenen Quoten weichen z.T. von den nationalen Berechnungen ab. — 3) Für 1988: Januar bis Juni. — 4) Für 1978, 1979 und 1980: EG(9), ab 1981: EG(12).

Quellen: OECD, Labour force statistics, Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW für 1988. Geschätzte Veränderungsdaten gerundet.

hätte man die gezahlten Lohnersatzleistungen vielleicht effizienter mit Qualifizierungsmaßnahmen verbinden können. Auch trug diese Politik dazu bei, daß die öffentlichen Defizite zunächst nicht abgebaut werden konnten. Jedoch ermöglichte sie es den Unternehmen, die Folgen des zweiten Ölpreisschocks leichter zu bewältigen und die Umstrukturierung und Modernisierung im Unternehmenssektor fortzusetzen.

... und zur Konsolidierung des Aufschwungs

Zur Verbesserung des binnenwirtschaftlichen und sozialen Klimas kam noch vor Mitte der achtziger Jahre eine Verbesserung der internationalen Wirtschaftsentwicklung hinzu. Mit dem Wirtschaftsaufschwung in den USA stiegen die Exporte dorthin kräftig, und die merkliche Verbilligung von Energie und Rohstoffen trug zur weiteren Dämpfung des inländischen Preisauftriebs bei, verbesserte die Ertragslage der Unternehmen und erhöhte die reale Kaufkraft der Verbraucher. Infolgedessen kam es zu einem bis in die Gegenwart reichenden Aufschwung und zu seit Mitte 1983 wieder kräftigeren Investitionen der italienischen Wirtschaft. Die beiden großen öffentlichen Holdinggesellschaften, IRI und ENI, die in den Jahren zuvor auch deshalb stark gewachsen waren, weil sie private Unternehmen, die sich in Schwierigkeiten befanden, aufnahmen und finanzierten, gliederten nach 1983 zahl-

reiche Unternehmen (z.B. Alfa Romeo, Air Italia, Selenia) in den privaten Sektor aus und unternahmen mit dem Verkaufserlös eine aktive Umstrukturierungspolitik in den anderen öffentlichen Unternehmen. Nach hohen Defiziten im öffentlichen Unternehmensbereich insgesamt zu Beginn der achtziger Jahre wurden nach Mitte der achtziger Jahre zum ersten Mal wieder Gewinne erzielt. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, auch wenn die gegenwärtige Diskussion um die hohen Subventionen an den Staatskonzern Finsider auf noch immer bestehende Probleme hinweist.

Probleme und Perspektiven der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung

Ohne Zweifel war die Wirtschaftsentwicklung in den letzten zehn Jahren bemerkenswert. Diese Dynamik beruhte vor allem auf einer kräftigen Produktivitätssteigerung und einer hohen Flexibilität der italienischen Wirtschaft. Die Investitionen nahmen im Durchschnitt stärker zu als in den anderen Ländern Westeuropas. Die bis dahin erhebliche Rückständigkeit in der Landwirtschaft, im Handel und in den öffentlichen Dienstleistungen ist im Zeichen der neuen Dynamik eine wichtige Produktivitätsquelle. Dieses Potential wird in Zukunft aber nur ausgeschöpft werden können, wenn es gelingt, auch die anderen strukturellen Probleme zu bewältigen.

Sparquote der privaten Haushalte und Finanzierungssaldo des Staates in den großen westlichen Industrieländern 1978 bis 1988

	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Sparquote ¹⁾ der privaten Haushalte in vH des verfügbaren Einkommens											
Bundesrepublik Deutschland	12,0	12,6	12,8	13,4	12,7	10,9	11,4	11,5	12,2	12,2	12,0
Frankreich	20,4	18,8	17,6	18,0	17,3	15,9	14,6	13,8	14,0	13,0	12,5
Italien	29,3	29,2	28,0	26,7	25,9	24,7	24,6	24,2	24,4	23,5	23,0
Großbritannien	11,8	13,0	14,2	13,1	12,2	10,6	10,7	9,3	7,4	5,6	5,0
EG	15,9	15,9	16,0	16,1	15,7	14,5	14,6	14,4	14,3	13,5	13,0
USA	7,3	7,0	7,3	7,7	7,0	5,5	6,3	4,6	4,5	3,9	4,5
Japan	20,8	18,2	17,9	18,3	16,5	16,3	16,0	16,0	16,6	16,6	16,5
Finanzierungssaldo des Staates in vH des BSP											
Bundesrepublik Deutschland	- 2,4	- 2,5	- 2,9	- 3,7	- 3,3	- 2,5	- 1,9	- 1,1	- 1,2	- 1,7	- 2,1
Frankreich	- 1,9	- 0,7	0,0	- 1,9	- 2,8	- 3,2	- 2,8	- 2,8	- 2,9	- 2,4	- 2,3
Italien	- 10,3	- 10,1	- 8,5	- 11,3	- 11,3	- 10,6	- 11,5	- 12,5	- 11,4	- 10,5	- 9,9
Großbritannien	- 4,2	- 3,3	- 3,4	- 2,5	- 2,4	- 3,4	- 3,9	- 2,9	- 2,6	- 1,0	0,4
USA	0,0	0,5	- 1,3	- 1,0	- 3,5	- 3,8	- 2,8	- 3,3	- 3,4	- 2,3	- 2,2
Japan	- 5,5	- 4,7	- 4,4	- 3,8	- 3,6	- 3,7	- 2,1	- 0,8	- 1,1	- 0,4	- 0,1

¹⁾ Die teilweise großen Unterschiede zwischen den Ländern beruhen vermutlich auch auf Abweichungen in der statistischen Erfassung und Zuordnung.

Quellen: OECD, Economic Outlook, Nr. 43.

So liegt etwa die Stärke des italienischen Exports in den traditionellen Sektoren und insbesondere bei Konsumgütern (z.B. Kleidung, Schuhe, Möbel). Hier konnten die Marktanteile in den achtziger Jahren ausgeweitet werden. Dagegen nahmen die Marktanteile bei Automobilen und Elektrowerkzeugen deutlich ab. Gleichzeitig stiegen die Importe von Ausrüstungsgütern. Traditionell defizitär ist zudem weiterhin die Energiebilanz.

Ein weiteres Dauerproblem ist die hohe Arbeitslosigkeit, wenngleich nicht zuletzt die ausgeprägte Schattenwirtschaft einen direkten internationalen Vergleich erschwert. In den letzten Jahren hat vor allem der rasch expandierende Dienstleistungssektor dazu beigetragen, die stärker als im europäischen Durchschnitt zunehmende arbeitssuchende Erwerbsbevölkerung zu absorbieren. Ob dies so bleiben wird, ist fraglich, da gerade der italienische Dienstleistungssektor im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt seine Produktivität in vielen Bereichen deutlich erhöhen muß. Aufgrund der bestehenden Arbeitsgesetzgebung ist es vor allem für Jugendliche und Frauen schwer, einen Arbeitsplatz zu finden.

Hinzu kommt das alte Nord-Süd-Problem. Im Mezzogiorno ist die Arbeitslosigkeit etwa doppelt so hoch wie im Norden, wo die Wirtschaftsentwicklung in den letzten Jahren besonders günstig war.

Als letzter wichtiger Punkt sind die weiterhin hohen öffentlichen Defizite zu nennen. Schon zu Beginn der siebziger Jahre nahmen sie kräftig zu, und trotz einiger Erfolge in den letzten Jahren ist das Niveau der laufenden Verschuldung im internationalen Vergleich hoch geblieben. Auf längere Sicht engt der Staat mit der stark zunehmenden Zinslast seinen finanzpolitischen Spielraum ein. Dies wird von der Regierung auch gesehen. Sie bemüht sich deshalb um Verringerung des Defizits, die gegenwärtig allerdings nur sehr allmählich vorangeht.

Ist die wirtschaftliche Bilanz Italiens in den letzten zehn Jahren insgesamt auch positiv, so müssen die Perspektiven für die Zukunft doch nuanciert gesehen werden. Dem dynamischen Wachstum stehen weiterhin soziale und regionale Ungleichgewichte, ein hohes öffentliches Defizit und eine problematische Spezialisierung in der internationalen Arbeitsteilung gegenüber. Auch die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung müssen weiterhin gesichert werden, ohne daß das soziale Klima zu sehr zu belastet und die Arbeitslosigkeit noch weiter erhöht wird. Sieht man indes auf den Beginn der achtziger Jahre und die damals als unüberwindbar geltenden Probleme der italienischen Wirtschaft zurück, so erscheint die heutige Konstellation als eine günstige Ausgangsbasis für die Entwicklung in den nächsten Jahren.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 89 **Lehre und Berufsausübung.** Eine Längsschnittuntersuchung für Berlin (West). Von Klaus-Peter Gaulke und Detlef Filip unter Mitarbeit von Hans M. Duseberg. 122 S. 1986. DM 42,—.
- Heft 90 **Analyse der Rahmenbedingungen für energiesparende Investitionen im Mietwohnbereich.** Von Bernd Bartholmai, Eckhard Casser und Dieter Vesper. 276 S. 1986. DM 86,—.
- Heft 91 **Regionale Besonderheiten der Preisbildung und Ansätze zur Förderung des Wettbewerbs auf dem Berliner Baustoffmarkt.** Von Peter Ring. 188 S. 1986. DM 68,—.
- Heft 92 **/ I Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Allgemeiner Teil.** Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 270 S. 1987. DM 58,—.
- Heft 92 **/ II Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Länderberichte.** Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 332 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 93 **An der Schwelle zum Beruf — Erfahrungen und Erwartungen von Prüfungsteilnehmern zu betrieblichen Berufsausbildung in Berlin (West).** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 236 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 94 **Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer in den siebziger und achtziger Jahren — eine vergleichende Analyse —.** Von Kurt Geppert, Bernd Görzig, Wolfgang Kirner, Erika Schulz, Dieter Vesper (DIW), unter Mitarbeit von Johannes Bröcker (Universität Kiel). 548 S. 1987. DM 112,—.
- Heft 95 **Die Glasindustrie — ein Branchenbild.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 364. S. 1987. DM 88,—.
- Heft 96 **Verkehrverhalten im Vergleich — Personenverkehr in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1976 und 1982 nach Verkehrsarten, Zwecken, Entfernungsstufen, Gemeindetypen und Bevölkerungsgruppen.** Von Jutta Kloas und Hartmut Kuhfeld. 177 S. 1987. DM 59,60.
- Heft 97 **Die Einkommenslage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1973 und 1981.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Bernd Freitag und Gerhard Göseke. 490 S. 1987. DM 98,—.
- Heft 98 **Förderung von Innovationen und Arbeitsplätzen im Rahmen der Berliner Strukturprogramme — Eine Erfolgskontrolle.** Von Kurt Hornschild und Uwe Müller. 276 S. 1987. DM 78,—.
- Heft 99 **Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommenstruktur.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 **Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonometrischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 **Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 **SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982.** Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartau und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft.** Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufsstart in Berlin.** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.
- Heft 107 **Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor.** Von Frank Stille, Renate Filip-Köhn, Heiner Flassbeck, Bernd Görzig, Erika Schulz und Reiner Stäglich. 235 S. 1988. DM 74,—.
- Heft 108 **Investitionen, Beschäftigung und Produktivität.** Zu den Arbeitsplatzeffekten einer verstärkten Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund sektoraler Entwicklungen. Von Bernd Görzig, Jürgen Blazejczak, Gustav Adolf Horn, Wolfgang Kirner, Erika Schulz und Frank Stille. 265 S. 1988. DM 78,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp (beurlaubt)

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Arbeitszeit und Betriebszeit im verarbeitenden Gewerbe: Trends, Probleme und Strategien. Bearbeitet von Frank Stille. —
Italiens wirtschaftliche Renaissance in den 80er Jahren — Entwicklung, Probleme, Perspektiven. Bearbeitet von Joachim Volz.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten